

Antrag zur Kreismitgliederversammlung von Bündnis 90/ Die Grünen, KV Plön am 21.02.2024

Antragstellende: Kreisvorstand

Verstrickung der Plöner AfD aufklären

Bündnis 90/Die Grünen fordern Aufklärung über die Verstrickung des Plöner Kreisverbands der AfD in die als „Remigration“ bezeichneten Pläne des Rechtsextremisten Mörig. Mörig ist laut Berichten der Tagesschau Schwager des Plöner AfD-Vorstands Thomas Grebien, der sein Konto für das Einsammeln von Spenden zur Verfügung gestellt haben soll. Dessen kürzlich verstorbene Ehefrau war Mitglied der AfD-Kreistagsfraktion. Grebien war zudem Gründer der 2009 verbotenen "Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e. V.“ mit Sitz in Plön (1).

Der Kreisverband Plön von Bündnis 90/ Die Grünen stellt sich aktiv gegen jegliche rechtsextremistische Aktivitäten und Pläne, die sich gegen die Existenz von Menschen in diesem Land richten, wenn diese die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben oder nicht ausreichend „assimiliert“ sind.

Die vom Rechercheteam Correctiv aufgedeckten Verbindungen des rechtsextremen Bündnisses, die offenbar bis in die AfD im Kreis Plön hineinreichen, müssen aufgeklärt werden. Es ist insbesondere aufzuklären, welche Rolle der Vorstand der Plöner AfD bei der Organisation des Geheimtreffens und der Förderung und Umsetzung dessen perfider Deportationsphantasien spielte. Die von [correctiv.org](https://www.correctiv.org) veröffentlichten Ziele des sog. Geheimtreffens eines rechtsextremen Bündnisses müssen auch für die Beteiligten aus dem Kreis Plön Folgen haben.

Ziel des Treffens sei es laut Correctiv-Recherchen gewesen, Spenden von Vermögenden und Unternehmern zu sammeln, die im Geheimen rechtsextreme Bündnisse fördern möchten. Das Konto, auf das diese Spenden eingezahlt werden sollten, weist auf ein Vorstandsmitglied der AfD im Kreis Plön. Die Tagesschau berichtete.

Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, ein solidarisches Miteinander zu verteidigen. Gemäß Art. 21 des Grundgesetzes sind Parteien verfassungswidrig, "die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen." Das Bundesamt für Verfassungsschutz hatte die Gesamtpartei im März 2021 als rechtsextremistischen Verdachtsfall eingestuft. Diese Einschätzung wurde rund ein Jahr später durch das Verwaltungsgericht Köln bestätigt (2), (3). Die AfD- Jugendorganisation „Junge Alternative“ ist bereits jetzt als gesichert rechtsextrem eingestuft (4).

Der Kreis Plön ist weltoffen. Eine bunte, offene Gesellschaft ist Wesensmerkmal unseres freiheitlichen Denken und Handelns. Die kulturelle Vielfalt und ein friedliches Zusammenleben machen unseren Kreis besonders liebenswert. Hass und Hetze haben keinen Platz im Kreis Plön. Wir begrüßen das breite Engagement nahezu aller demokratischer Gruppierungen, Vereine und Parteien auf Demonstrationen in Plön, Schwentinental, Lütjenburg und in Wankendorf. Diesem Engagement müssen weitere Schritte folgen. Wir müssen unsere Freiheit und Demokratie schützen.

Nie wieder ist Jetzt – Nie wieder ist Hier.

Quellen:

(1) <https://taz.de/Geld-fuer-Deportationstreffen/!5986031/>

(2) Tagesschau.de v. 07.06.2023

(3) https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/presse_mitteilung-2022-1-afd.html

(4) <https://www.rnd.de/politik/afd-und-junge-alternative-wo-gelten-sie-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-bedeutet-das-BEOYLLR67FCABBNQ6ESSRUZJWM.html>